

Exponat des Monats

August 2011

Der Mauerbau vor 50 Jahren: Warum Adenauer nicht sofort nach Berlin reiste?

Das Informationsgespräch mit Charles Hargrove vom 20. September 1961

Der Bau der Berliner Mauer war nicht nur für die ehemalige Reichshauptstadt und für Millionen von Ostdeutschen ein einschneidendes Ereignis. Auch für Konrad Adenauer stellten die Geschehnisse vom 13. August 1961 eine besondere Herausforderung dar. Der Bundeskanzler sah sich, mitten im Wahlkampf, mit einer schweren außen- und innenpolitischen Krisensituation konfrontiert und verspielte letztlich mit seiner zögerlichen und vorsichtigen Reaktion auf die Berliner Vorgänge Sympathien in der Bevölkerung, und das kurz vor den anstehenden Bundestagswahlen am 17. September 1961.

Am eindringlichsten hat – wie immer – *Bild* die verbreitete Unzufriedenheit mit der abwartenden Haltung des Bundeskanzlers artikuliert: „Der Westen tut NICHTS! Präsident Kennedy schweigt ... Macmillan geht auf die Jagd ... und Adenauer schimpft auf Willy Brandt“, lautete die berühmt gewordene Schlagzeile, mit der das populäre Blatt am 16. August 1961 aufmachte.

Aber was waren die Gründe für Adenauers Zurückhaltung? Von welchen Überlegungen ließ sich der Bundeskanzler am 13. August 1961 leiten, und warum ist er nicht sofort, nachdem er von den Absperungsmaßnahmen des SED-Regimes erfahren hatte, nach Berlin gereist? Antworten auf diese Fragen finden sich in einem Hintergrundgespräch, das Adenauer am 20. September 1961 mit Charles Hargrove, dem Bonner Korrespondenten der *Times*, im Palais Schaumburg geführt hat. In der Aufzeichnung heißt es:

Auf die Frage, ob sich die Bundesregierung an den Dingen nicht schuldig fühle, antwortete der Herr Bundeskanzler: "Peccatur intra muros et extra." Er legte auch dar, warum er nicht sofort nach Berlin gegangen sei. Am 13. August habe Herr Lemmer um 1/2 6 Uhr aus Berlin bei Herrn Globke und nachher um 1/2 7 Uhr bei ihm angerufen und gesagt, dass die Gefahr eines Aufstandes in der Zone sehr ernst zu nehmen sei. Ein Aufstand wäre sehr schlecht gewesen. Es habe auch Stimmen gegeben, die gesagt hätten, deutsche Gruppen müssten dann in die Zone einmarschieren. Er habe das für falsch gehalten, weil das nur tausende von Menschenleben gekostet hätte und völlig nutzlos gewesen wäre. Man habe ihm gesagt, dass sein Erscheinen an der Grenze das Signal zu einem Aufstand geben würde. Dies habe er nicht verantworten können.

Auszug aus dem Gespräch mit dem lateinischen Zitat: „Gesündigt wird drinnen und draußen.“

Es gab in Adenauers Umfeld allerdings auch gegenteilige Stimmen. Für Horst Osterheld etwa, den Leiter der außenpolitischen Abteilung im Kanzleramt, stand außer Frage, dass Adenauer schnellstens an den Ort des tragischen Geschehens eilen müsse, und Ernst Lemmer, der am 13. August 1961 in Berlin weilende Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, hat in seinen Memoiren sogar bestritten, Adenauer von einem Berlinbesuch abgeraten zu haben. „Ich habe dabei eindringlich betont [...], daß der Kanzler so rasch wie nur irgend möglich nach Berlin kommen müßte.“

Wie dem auch sei, ganz und gar unbegründet waren die von Adenauer angeführten Sorgen vor einer Eskalation der Krise nicht. Auch in Washington befürchtete man, es könne in der DDR ein Aufstand, ähnlich demjenigen vom 17. Juni 1953, losbrechen. Wie darauf die West-Berliner reagieren würden, war angesichts der bis zum äußersten gespannten Stimmung in dem demokratisch regierten Teil der Stadt ungewiss. 250.000 aufgebrachte Menschen fanden sich am 16. August 1961 zu einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus ein, einige ganz fanatische Bürger sollten in den folgenden Wochen Sprengstoffanschläge gegen den verhassten Sperrwall verüben, und noch im Oktober rief der Berliner Journalist Sebastian Haffner dazu auf, die „Befreiung der Zonenbevölkerung“ mit derselben „Dringlichkeit“ anzugehen, mit der die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt für ihre Freiheit kämpften. Abgesehen von den unwägbaren Gefahren, die einer derart aufgeheizten Situation innewohnten, rechnete Adenauer in den ersten Tagen nach dem Mauerbau mit weiteren Maßnahmen des Ostblocks „bis zur unmittelbaren Kriegsdrohung“, wie er Axel Springer, den Verleger von *Bild*, in einem Antwortschreiben auf die zitierte Schlagzeile wissen ließ; und tatsächlich sollten sich am 27. und 28. Oktober 1961 am Innerberliner Grenzübergang „Checkpoint Charlie“ amerikanische und sowjetische Panzer gegenüberstehen. Der Friede stand auf des Messers Schneide.

Hinzu kam ein weiteres, eher technisches Problem für Adenauer, nämlich die Schwierigkeit, dass er für einen Flug nach Berlin darauf angewiesen war, von den westlichen Siegermächten ein Flugzeug bereitgestellt zu bekommen. Nur auf diese Weise waren die störanfälligen Verbindungswege in die ehemalige Reichshauptstadt für ihn sicher passierbar. Aber selbst eine glückliche Landung in der geteilten Stadt war für den Bundeskanzler und seine Umgebung mit verschiedenen Schreckensszenarien behaftet. War es nicht möglich, dass die Sowjets oder der Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, als Reaktion auf einen Berlinbesuch des Bundeskanzlers den Luftraum über Ostdeutschland sperren würden? Was sollte Adenauer in diesem Fall tun? Welche Gegenmaßnahmen konnte er in einer solchen Situation von den Schutzmächten der Westdeutschen verlangen, ohne einen dritten Weltkrieg heraufzubeschwören? War es deshalb nicht ratsam, erst einmal die Einschätzungen und Schritte der engsten Verbündeten abzuwarten?

Schließlich gab es noch ein drittes Motiv, das Adenauer von einer raschen Berlinvisite abhielt. Er befand sich im Wahlkampf; Spitzenkandidat der SPD war Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister von Berlin, gegen den der Bundeskanzler mit einer stark personenbezogenen Kampagne antreten wollte. Allzu viele gemeinsame Auftritte mit dem Gegenkandidaten und innige Verbundenheitsadressen an den Regierenden Bürgermeister und seine gebeutelte Stadt hätten diese Strategie durchkreuzt oder zumindest in Frage gestellt. Und so setzte Adenauer am 14. August 1961 erst einmal den Wahlkampf fort, was ja auch seinem Kalkül entsprach, den Berliner Ereignissen nicht zu viel Bedeutung beizumessen und die Tagesgeschäfte so weit wie möglich in gewohnter Weise fortzuführen.

Erst am 22. August 1961, nachdem bereits der amerikanische Vizepräsident Lyndon B. Johnson die Spreemetropole besucht hatte, flog auch der Bundeskanzler nach West-Berlin, um die Lage in der geteilten Stadt zu inspizieren und an einer Sitzung des Senats teilzunehmen. Dieses späte Eintreffen wirkte auf manche Beobachter wie das Nachholen von etwas Versäumten, wie auch seine Vorsicht Adenauer nicht selten als mangelnde Entschlusskraft ausgelegt wurde. Kurzum: Zusammen mit den persönlichen Diffamierungen Brandts, zu denen sich Adenauer am 14. August 1961 hinreißen ließ, bedeutete sein zurückhaltendes, auf Friedenssicherung bedachtes Management der Krise eher einen Rückschlag für die christdemokratischen Wahlkampf Bemühungen.

Dennoch erhielten die CDU und ihr Spitzenkandidat bei den Bundestagswahlen am 17. September 1961 mehr als 45 Prozent der Stimmen, und so durfte sich Konrad Adenauer, als er vier Tage später dem *Times*-Korrespondenten Charles Hargrove zu dem erwähnten Informationsgespräch empfing, berechnete Hoffnungen machen, auch weiterhin Bundeskanzler zu bleiben.

Text: Dr. Jürgen Peter Schmied

Quelle: StBKAH, I/02.25